

Landesgeschäftsstelle

Sendlinger Straße 47
80331 München
Telefon: 089-211597-20
Fax: 089-211597-24

buero@gj-bayern.de
www.gj-bayern.de
U-Bahn: U1, U2 Sendlinger Tor

Straubing, 6. Oktober 2007

Grüne Jugend Bayern, Sendlinger Straße 47, 80331 München

Beschluss: Frauenhandel unterbinden

„Präambel:

Frauenhandel in die Prostitution, auch bekannt als Zwangsprostitution, ist der Zwang unter Anwendung von physischer und psychischer Gewalt von überwiegend Frauen in die Prostitution. Laut UNPD (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) Bericht werden jährlich 500.000 Frauen in Europa Opfer von AnwerberInnen, ZwischenhändlerInnen, BordellbetreiberInnen und letztendlich dem gesamten Kreislauf der MenschenhändlerInnen in die Prostitution gehandelt und gezwungen. Der Großteil der Frauen kommt aus den Osteuropäischen Ländern, wo sie unter Arbeitslosigkeit, miserabler Bezahlung, Armut und Perspektivlosigkeit und somit in sehr schwierigen und frustrierenden Lebensverhältnissen leben. Aus dieser Situation resultiert das oft blinde Vertrauen der Frauen in die Versprechungen der AnwerberInnen - oft Leute, die sie kennen - sie in gesicherte und verhältnismäßig gut bezahlte Arbeitsverhältnisse in die westlichen Staaten bringen zu können. Im Zielland angekommen, eröffnet sich ihnen ihre eigentliche Aufgabe: Die Prostitution. Weiterverkauft an ZuhälterInnen (jedoch fast ausschließlich Männern), werden sie geschlagen, vergewaltigt und eingesperrt. Hinzu kommt, dass den Frauen der Pass weggenommen wird, ihnen wird gedroht der Familie etwas anzutun und gesagt, dass sowieso mit der Polizei zusammengearbeitet wurde. Durch diese enorme Einschüchterung der Frauen wird es fast unmöglich gemacht, Fälle von Zwangsprostitution aufzudecken. In den doch verhältnismäßig seltenen Fällen der Aufdeckung erschwert diese Einschüchterung der Opfer zudem, dass die TäterInnen gefasst und gebührend bestraft werden können.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert:

- Spezialdienststellen der Polizei in allen Bundesländern mit genügend Frauenanteil und qualifiziertem, psychologischem Beistand vor Ort
- Bessere Ausbildung der Polizei im Bereich des organisierten Menschenhandels, damit die Polizei das Netzwerk besser durchblicken kann
- Sensibilisierung im Umgang mit den Opfern
- Bessere Zusammenarbeit zwischen den NRO (Nichtregierungsorganisationen) und der Polizei, zudem finanzielle Stärkung der NRO
- Umsetzung der EU-Opferschutzrichtlinie, welche eine Aufenthaltserlaubnis für aussagebereite Opfer fordert
- Geld für Kampagnen zur Aufklärung und Sensibilisierung der Freier, damit diese Zwangsprostituierte erkennen und ihre Situation nicht mehr ausnutzen
- Behandlung der Problematik Prostitution insgesamt und Zwangsprostitution im speziellen im Zuge des Sexualkundeunterrichtes an der Schule. Wünschenswert wäre es, dies mit einer außerschulischen Organisation durchzuführen. Alle Freier waren mal einmal jung, mensch muss Prävention zu sinnvollen Zeitpunkten wählen!“